



# **NACH- GEFRAGT!**

---

**GESTÄRKT FÜR EIN  
SOLIDARISCHES MITEINANDER.**

Interviews mit fünf  
Expert\_innen zur  
Auseinandersetzung mit  
Rechtspopulismus

# Über uns

Wir – das sind das Zentrum für Demokratie (Treptow-Köpenick), [moskito] Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt (Pankow), die Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke (Lichtenberg) und das Vor-Ort-Büro von Demokratie in der Mitte (Berlin-Mitte). Als bezirkliche Fachprojekte fördern wir eine demokratische Kultur vor Ort, vernetzen Akteure, moderieren Aushandlungsprozesse, unterstützen engagierte Personen und Initiativen und sensibilisieren für Rechtspopulismus, extreme Rechte, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und andere Ungleichwertigkeitsideologien. Wir sind in unseren Bezirken für die Koordination der Partnerschaften für Demokratie zuständig, teilweise sind bei uns die Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle angesiedelt und wir begleiten Fachrunden und -projekte wie: Geschlechtersensible Arbeit mit Jungen, JFEs gegen Diskriminierung, Pankow hilft oder aras\* - Politische Bildung an Schulen. Finanziert wird unsere Arbeit aus Bezirks-, Landes- sowie Bundesmitteln.

**Wir haben nachgefragt:** Weil unser demokratisches Handeln vor Ort Expertise braucht. Um Praxis und Wissenschaft zu verzahnen. Um in Diskussionen mit einer menschenrechtsorientierten Grundhaltung zu streiten. Weil wir aktuellen Debatten auf den Grund gehen wollen, die sich nicht nur uns immer wieder aufdrängen – sondern auch unseren Kolleg\_innen, Kooperationspartner\_innen und den vielen Engagierten in Pankow, Lichtenberg, Mitte, Treptow-Köpenick und anderswo. Unser demokratisches Handeln vor Ort braucht Expertise, und das nicht nur um in Diskussionen selbstsicherer mit einer menschenrechtsorientierten Grundhaltung streiten zu können. Deswegen haben wir im Dezember 2017 begonnen, mit Expert\_innen ins Gespräch zu gehen. In den Interviews fragen wir Expert\_innen nach ihren Argumenten für eine demokratische Kultur und für ein solidarisches Miteinander von allen, die in dieser Stadt leben.

Mit der vorliegenden Broschüre bündeln wir alle Stimmen der bisher interviewten Expert\_innen. Ihre fachlichen Einschätzungen geben uns Hinweise auf aktuelle Herausforderungen und stärken demokratische Positionen. Diese Standpunkte klar zu vertreten und Personen zu unterstützen, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung stark machen, ist ein wesentliches Ziel unserer Arbeit.

Die Bedeutsamkeit dieser Aufgabe unterstreicht auch **Prof. Dr. Heike Radvan** in ihrem Interview: „In der Frage wie Stadtgesellschaft verändert werden kann, ist es einer der ersten Punkte, eine offene demokratische Atmosphäre zu schaffen. (...) Eine Problematisierung und eine klare Positionierung machen einen Unterschied. Demokratische Personen gehen anschließend selbstbewusster durch die Straßen.“

Immer wieder pochen rechtspopulistische Akteure auf die vermeintliche Pflicht zur Neutralität – mit dem Ziel, unliebsame politische Meinungen zum Schweigen zu bringen. Unsere Arbeit ist zwar parteipolitisch neutral, aber deutlich parteiisch an der Seite von Betroffenen von Diskriminierung und rechter Gewalt – für eine demokratische, menschenrechtsorientierte Kultur.

Wir beobachten in unseren Bezirken, wie sich Diskurse durch rechtspopulistische Parteien und Einzelpersonen nach rechts verschieben und rassistische Positionen normalisiert werden. **Malene Gürgen** zeigt im Interview wie die benannten Akteure soziale Medien und andere Kanäle nutzen, um gesellschaftliche Debatten zu beeinflussen und eine Reichweite zu generieren, die über ihre eigentliche

Bedeutung weit hinausgeht. Die scheinbaren Tabubrecher\_innen verschieben damit stückweise die „Grenzen des Sagbaren“ und gleichzeitig gelingt es ihnen Begriffe neu zu besetzen und teilweise eine Diskurshoheit zu erlangen.

**Prof. Dr. Esther Lehnert** zeigt dies in ihrem Interview anhand des Begriffs des „Völkischen“, der zunehmend positiv besetzt wird. Sie macht deutlich, dass in der Wiederbelebung von völkischen Politiken ein „Volksbegriff steckt, der ganz viele Bürgerinnen und Bürger unserer Gesellschaft ausschließt.“

Dagegen gilt es immer wieder zu argumentieren – auch wenn es kompliziert wird. In der Folge der Silvesternacht 2015/2016 gewinnt der islambezogener Rassismus an Wirkmächtigkeit. Im Gespräch mit **Prof. Dr. Sabine Hark** werden die Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus anschaulich aufgezeigt.

Was tun? Was kann die Antwort auf diese Veränderungen und Herausforderungen sein? **Doris Liebscher** macht in unserem ersten Interview deutlich, dass ein positiver Bezug auf die Menschenrechte als „materieller Kern moderner Demokratien“ eine erste Antwort auf rechtspopulistische Politikstrategien sein kann: Engagierte, „die demokratische Auseinandersetzung und Partizipation stärken und ausschließende diskriminierende Positionen zurückdrängen wollen, sollten deshalb stärker mit einem Antidiskriminierungsansatz arbeiten, der Teilhabegerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt.“

Gleichzeitig zur thematischen Auseinandersetzung suchen wir als Berliner Fach- und Netzwerkteilnehmer gemeinsame praktische Ansatzpunkte, um in der Öffentlichkeit Rechtspopulismus, Rassismus und anderen Ungleichwertigkeitssideologien zu widersprechen: Im Sommer 2018 haben wir mit unseren Trägern die Berliner „Erklärung für Menschenrechte und eine demokratische Kultur – gegen Rechtspopulismus“ initiiert. Über 180 Berliner Träger beziehen sich in ihr auf die Menschenrechte als Kern ihrer fachlichen Arbeit und wenden sich deutlich gegen rechtspopulistische Angriffe und Delegitimierungsversuche.<sup>1</sup> Das war ein starkes Zeichen der Solidarität.

Auch in Zukunft werden wir uns, gemeinsam mit vielen Berliner\_innen, gegen Rassismus, Diskriminierung und Rechtspopulismus einsetzen – im Kleinen und im Großen. Wir freuen uns auf diese Aufgabe und wünschen neue Erkenntnisse und viel Vergnügen beim Lesen und Diskutieren.

<sup>1</sup> [www.licht-blicke.org/180-berliner-traeger-setzen-gemeinsam-ein-starkes-zeichen-gegenueber-der-afd](http://www.licht-blicke.org/180-berliner-traeger-setzen-gemeinsam-ein-starkes-zeichen-gegenueber-der-afd)

# INHALT

<b>#1</b> <b>Demokratie ist etwas Umkämpftes</b> Interview mit <u>Doris Liebscher</u>	7
<b>#2</b> <b>Der Begriff des Völkischen schliesst aus</b> Interview mit <u>Esther Lehnert</u>	15
<b>#3</b> <b>Demokratisch und neutral ist nicht dasselbe</b> Interview mit <u>Malene Gürgen</u>	23
<b>#4</b> <b>Bedrohung der sozialen Arbeit durch Rechtspopulismus</b> Interview <u>Heike Radvan</u>	31
<b>#5</b> <b>Über die Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus</b> Interview mit <u>Sabine Hark</u>	41





**#1**



Doris Liebscher ist Juristin mit den Schwerpunkten Antidiskriminierungsrecht, feministische Rechtswissenschaft sowie Rassismus und Recht. Sie ist Mitarbeiterin der Humboldt Law Clinic Grund- und Menschenrechte am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien der HU Berlin, Gesellschafterin des Büros für Recht und Wissenschaft Berlin und Vorständin des Antidiskriminierungsbüro Sachsen. Das Interview wurde vor der Bundestagswahl Anfang September 2017 geführt.



# DEMOKRATIE IST ETWAS UMKÄMPFTES

## Interview mit Doris Liebscher zu Demokratie und Antidiskriminierung

### **W** as ist Ihr Verständnis von Demokratie und auf welchen Kontext beziehen Sie sich?

Ich beziehe mich auf einen modernen Demokratiebegriff, der zurückgeht auf die modernen bürgerlichen Revolutionen: Die Französische Revolution, die Amerikanische Revolution und auch die Haitianische Revolution in der französischen Kolonie Saint-Domingue von 1791. Das Interessante an der Haitianischen Revolution ist, dass sich erstmals ausgegrenzte Gruppen, hier schwarze und versklavte Menschen, auf die Werte der Revolution 1789 in Frankreich bezogen haben, um gegen ihre Beherrschung durch die Franzosen vorzugehen. Hieran zeigt sich, dass von Anfang an marginalisierte Menschen mit Menschenrechten gearbeitet haben. Das heißt, es sind nicht nur Bürgerrechte. Folglich muss man nicht die Staatsbürgerschaft haben oder ein Mann sein, wie es damals der Fall war, sondern diese Rechte stehen allen Menschen zu.

Zum Zweiten verstehe ich Demokratie als etwas Umkämpftes. Auch das ergibt sich aus der Geschichte – es ist immer umkämpft gewesen, wer überhaupt an Entscheidungen teilhaben darf. Das ist bis heute so. Wenn wir zum Beispiel über die repräsentative Demokratie in Deutschland sprechen, dann sehen wir, dass viele zehntausende Menschen vom demokratischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen sind. Zum Beispiel 80.000 deutsche Staatsangehörige, die unter einem Betreuungsvorbehalt stehen. Oder acht Millionen Menschen, die nicht wählen dürfen, weil sie keinen ohne deutschen Pass haben, obwohl sie hier leben, arbeiten, Steuern zahlen und volljährig sind.

Das führt uns zu verschiedenen Formen von Demokratie. Das vorherrschende Demokratieverständnis in der Bundesrepublik ist die repräsentative parlamentarische Demokratie. Das ist aber bei weitem nicht das Einzige. Auch die direkte Demokratie, die in der Schweiz gelebt wird oder die Rätedemokratie, für die sich zum Beispiel Hanna Arendt aussprach sind Formen demokratischer Herrschaft. Das führt mich zum letzten Punkt: Demokratie ist eine Herrschaftsform und als solche immer auch kritisch auf Ausschlüsse zu hinterfragen.

### **Was hat Demokratie mit Antidiskriminierung zu tun?**

Alles! Die Menschenrechte sind der materielle Kern moderner Demokratien. Unbestritten ist heute, dass die Menschenrechte Freiheit und Gleichheit aus dem Grundgesetz resultieren, dass jeder Mensch eine unveräußerliche Würde besitzt. Würde, Freiheit, Gleichheit bilden eine Trias: Würde steht allen Menschen qua ihres Menschseins zu. Um diese Würde zu leben, brauchen wir Freiheit. Und um diese Freiheit zu leben, brauchen wir Gleichheit. Da kommt es zu der Frage von Diskriminierung – was ist mit vergeschlechtlichen Verhältnissen, was ist mit rassistischen Verhältnissen, die es einigen Menschen – Frauen, Migrant\_innen – schwerer als anderen machen, frei zu leben? Hier kommt Gleichheit ins Spiel. Der Antidiskriminierungsansatz als menschenrechtlicher Ansatz lenkt unser Augenmerk besonders auf das Ziel der gleichen Teilhabe an einer Gesellschaft angesichts ungleicher Ausgangsbedingungen. Aber Gleichheit kann man wiederum nur in Freiheit leben, dazu gehört auch die Freiheit, eine andere Meinung zu haben und diese auch zu äußern.

### **Was bedeutet dieses Demokratieverständnis in Bezug auf die Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus?**

Die Rede von Links- und Rechtsextremismus verkürzt komplexe gesellschaftliche Verhältnisse auf ein einfaches „Mitte versus Links und Rechts – Schema“. Die wichtigste Prämisse des Extremismusansatzes lautet, dass „Rechts- und Linksextreme“ gleichermaßen die repräsentative parlamentarische Demokratie ablehnen. Deshalb seien beide im Ergebnis dasselbe Problem, weil sie der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ (FDGO) widersprechen würden. Die FDGO wird herangezogen, um zu bestimmen, wer verfassungsfeindlich ist und wer

demokratisch ist. Die Bedeutung der Menschenrechte wird bei der Bestimmung der FDGO aber gern vergessen. Der materielle Gehalt der Demokratie tritt damit hinter ihren formellen Gehalt zurück. Als formelle Aspekte der Demokratie gelten u.a. Parlamentarismus, freie Wahlen, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Gerichte und ein Mehrparteiensystem. Im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum zweiten NPD-Verbotsverfahren vom Januar 2017 wird der menschenrechtliche Kern der „Freiheitlichen Demokratischen Ordnung“ dagegen sehr klar. Das Gericht hat die NPD für verfassungswidrig erklärt, weil sie ein rassistisches und antisemitisches Gesellschaftsmodell propagiert, das ist eine qualitative Bestimmung. Die Menschenrechte müssen bei der Bewertung von Positionen einbezogen werden, um zu bestimmen, wer verfassungsfeindlich und wer demokratisch ist.

**Demokratie ist eine Herrschaftsform und als solche immer auch kritisch auf Ausschlüsse zu hinterfragen.**

Das Problem fängt aber eigentlich schon vor der Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus an. Die Idee von einer gesellschaftlichen Mitte ist ein sehr normatives Modell. Dabei wird nicht mitgedacht, dass zum Beispiel rassistische Einstellungen auch in Schichten vertreten werden, die sich selbst der Mitte zuordnen oder von der Extremismusforschung der Mitte zu geordnet werden. Gesellschaft funktioniert nicht so schematisch. Die schematische Einteilung in gute Demokraten auf der einen Seite und böse Extremisten auf der

# Die Menschenrechte sind der materielle Kern moderner Demokratien.

anderer Seite schließt aber nicht nur die Mitte von Kritik aus. Sie verhindert auch den qualitativen Streit darüber, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen. Das sah man gerade nach den G20-Protesten in Hamburg 2017 in Bezug auf die pauschale Heraufbeschwörung einer „linksextrémistischen Bedrohung“. Da wurden plötzlich unsägliche Vergleiche zwischen gewaltförmigen Auseinandersetzungen mit der Polizei auf der einen Seite und Angriffen auf Geflüchtete auf der anderen Seite gezogen. Es wird auch nicht mehr qualitativ unterschieden, wie es zu Gewalt kommt (z.B. im Rahmen eines geplanten Überfalls auf eine Geflüchtetenunterkunft) und was es für Gewalt ist: Gewalt gegen Menschenleben oder Gewalt gegen Schaufensterscheiben. Die gesellschaftlichen Visionen und der qualitative Streit darüber geraten aus dem Blickfeld. Der undifferenzierte Ruf nach Law and Order schadet der Demokratie und befördert ein autoritäres Gesellschaftsverständnis.

Schließlich mangelt es dem Extremismusansatz an einer qualitativen Bestimmung von Gleichheit. Die Linken, so der Extremismusansatz, würden die Gleichheit überbewerten und die Rechten die Gleichheit komplett negieren. Was Gleichheit bedeutet, wird dabei gar nicht diskutiert. Gleichheit heißt aber nicht automatisch „Gleichmacherei“ oder „Gleichschaltung“. Es gibt ganz unterschiedliche Gleichheitsverständnisse und über die wird in einer Demokratie gestritten. Ein antidiskriminierungsrechtliches Verständnis von Gleichheit zielt auf die Ermöglichung gleicher Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und Ressourcen für

alle unter Berücksichtigung unterschiedlicher individueller und sozialer Ausgangsbedingungen und Bedürfnissen. Gleichheit wird dann nicht überbewertet, sondern im Zusammenhang mit vielfältigen Machtverhältnissen bestimmt, die ein liberaler Ansatz ausblendet. Wer diese wichtige Kritik als extremistisch denunziert, schaltet kritisches Denken ab. Das führt analytisch und politisch in die Sackgasse.

## **Seit 2006 gibt es das bundesweite Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), umgangssprachlich auch Antidiskriminierungsgesetz genannt. Warum war es wichtig, dass dieses Gesetz eingeführt wurde?**

Ein Antidiskriminierungsgesetz reagiert erstens auf die soziale Realität, die ich oben beschrieben habe. Sexistische, rassistische, homo- und transphobe oder behindertenfeindliche Stereotype gibt es nicht nur bei der organisierten extremen Rechten. Sie sind weit verbreitet. Daran anknüpfende Diskriminierungen kann man mit einem Ansatz, der Rassismus als etwas „Extremes“ oder als Relikt der Vergangenheit begreift, schlecht thematisieren, und Thematisierung ist der erste Schritt zur Veränderung. Ein Antidiskriminierungsgesetz signalisiert der Gesellschaft: Diskriminierung kommt überall vor, aber wir als Gesellschaft wollen Betroffene von Diskriminierung schützen. Und zwar unabhängig davon, ob die Diskriminierung absichtlich erfolgte. Es geht also nicht (nur) um Hass, dafür ist das Strafrecht zuständig, sondern um alltägliche Benachteiligungen und Ausschlüsse.

## **Die Idee von einer gesellschaftlichen Mitte ist ein sehr normatives Modell.**

# Diskriminierung kommt überall vor, aber wir als Gesellschaft wollen Betroffene von Diskriminierung schützen.

Zweitens war die Einführung des AGG wichtig, weil sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union darauf geeinigt haben, die Antirassismus-Richtlinie umzusetzen, die die Frage von Diskriminierung unter Privatpersonen regelt. Seit 1976 gab es zudem schon Richtlinien zur Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt. Durch Artikel 3 des Grundgesetzes war Diskriminierung in Deutschland bereits seit 1949 verboten, jedoch nur, wenn der Staat diskriminiert. Rechtlich brauchen wir ein AGG, um gegen Diskriminierung zwischen Privaten vorgehen können. Das AGG hilft daher den Leuten, die von Kolleg\_innen, Vermieter\_innen, an der Diskotür oder von Bankangestellten diskriminiert werden.

Drittens zeigt die Einführung des AGG, dass ausgegrenzte Gruppen in einer Demokratie Sichtbarkeit und Rechte erkämpfen können. In den USA erfolgte die Verankerung von Antidiskriminierung in den Gesetzen stärker von unten nach oben, durch die Proteste des Civil Rights Movements, die auch mit Verfassungsklagen arbeiteten. In Europa protestierten zuerst die Frauen. Die Einführung des Equal Pay Gesetzes in Großbritannien im Jahr 1970 geht zum Beispiel auf Frauenstreiks zurück. Die rechtliche Verankerung von Diskriminierungsschutz in Europa ging vom Recht zur Geschlechtergleichheit aus. Rassismus wurde erst später behandelt bzw. die Stimmen der von Rassismus Betroffenen wurden lange nicht gehört. Wenn man Antidiskriminierung heute in

Zusammenhang mit Demokratie stellt, ist es wichtig zu betonen, es geht dabei immer auch um Kämpfe. Das fängt in den 1960er Jahren an. Der Diskurs um Antidiskriminierung ist erst mit den sozialen Bewegungen stark geworden.

## **Was möchten Sie uns als Fach- und Netzwerkstellen für Demokratie und Vielfalt in den Berliner Bezirken mit auf den Weg geben?**

Meine Erfahrung aus der Antidiskriminierungsarbeit in Leipzig ist, dass in Deutschland Streit und Dissens etwas sind, was nicht so hoch angesehen ist. Es wird – auch mit den Mitteln des Rechtes – sehr schnell auf Konsens gestellt. Das hat meines Erachtens auch etwas mit dem sehr formalen und staatshörigen Demokratieverständnis zu tun, das in Deutschland vorherrscht. Dem würde ich aus der Perspektive der Antidiskriminierungsarbeit gerne ein qualitatives Demokratieverständnis entgegenstellen, welches die Fragen stellt „Worum streiten wir eigentlich?“, „Wer darf mitstreiten?“ und natürlich „Was machen die Formen des Streits mit uns?“. Fach- und Netzwerkstellen, die demokratische Auseinandersetzung und Partizipation stärken und ausschließende diskriminierende Positionen zurückdrängen wollen, sollten deshalb stärker mit einem Antidiskriminierungsansatz arbeiten, der Teilhabegerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Also ausgegrenzte Gruppen stärken, ihnen eine Stimme geben und ihre Perspektive ernst nehmen, aber nicht einfach sakrosant unantastbar stellen, sondern sie gegebenenfalls auch kritisieren. Die Trias aus Würde, Freiheit und Gleichheit ist dafür besser geeignet als das Extremismusmodell. ■

Das Interview führten Lisa Gutsche und Berit Schröder.

## Literatur

Doris Liebscher: Antidiskriminierungspolitik und Demokratieförderung. Impulsvortrag zu der Veranstaltung „Gleichbehandlung ist ihr gutes Recht!“ am 03.07.2017 anlässlich des 10jährigen Bestehens der Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung des Landes Berlin. Ist der online?

Doris Liebscher: Gleiche Rechte für marginalisierte Subjektpositionen? Probleme subjektiver Rechte im deutschen Antidiskriminierungsrecht. In: Rechtsphilosophie: Zeitschrift für Grundlagen des Rechts. München 2017. Sonderdruck.







**#2**



Prof. Dr. Esther Lehnert ist Erziehungswissenschaftlerin und setzte sich bereits in ihrer Promotion mit der Beteiligung von Sozialarbeiterinnen im Nationalsozialismus auseinander. Sie war in verschiedenen Präventions- und Interventionsprojekten (u.a. in der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin) beschäftigt. Seit 2015 hat sie eine Professur an der Alice Salomon Hochschule für Geschichte, Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus. In der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung ist sie seit Beginn an als freie Mitarbeiterin tätig. Außerdem ist sie Mitglied im Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus sowie im Vorstand des Institut Solidarische Moderne.



# DER BEGRIFF DES VÖLKISCHEN SCHLIESST AUS

**Interview mit  
Prof. Dr.  
Esther Lehnert**

**In der letzten Zeit fällt wieder öfter das Wort „völkisch“, z. B. bei der Identitären Bewegung und bei der AfD. Wie würdest du das Wort „völkisch“ erklären?**

Ich würde es immer historisch herleiten und sagen, dass „völkisch“ eng verbunden ist mit den völkischen Bewegungen Anfang des 19. Jahrhunderts. Das Völkische war von vornherein verknüpft mit Ausschlussprinzipien: Die völkische Idee ist verbunden mit einem nationalistischen, chauvinistischen Gebaren, bezieht sich immer nur auf bestimmte Menschen und versteht sich als Gegensatz zu einer offenen und demokratischen Gesellschaft. Wenn man weiß, woher das Wort kommt, kann man es nicht neutral betrachten. Aus den völkischen Bewegungen ist die Nationalsozialistische Partei Deutschlands hervorgegangen, das muss man einfach so deutlich festhalten.

## **Füllen rechtspopulistische Organisationen diesen Begriff heute anders, als das was du jetzt historisch als völkisch bezeichnet hast?**

Ich würde sagen, es ist sehr ähnlich. Es gab ja in der AfD den Diskurs über die vier deutschen Großeltern. Der ist ganz klar orientiert an dem „Ariernachweis“, der im Nationalsozialismus eingeführt wurde. Menschen mussten nachweisen, dass sie „Arier“ waren: Der „Voll-Arier“ war derjenige, der vier deutsche Großeltern vorweisen konnte. D.h. auch aktuell wird völkisch wieder als ausgrenzend, die Mitgliedschaft zu dem Volk wird über das „deutsche“ Blut konstruiert. So soll eine ethnisch homogene Volksgemeinschaft erschaffen werden, die es so in unserer Gesellschaft zum Glück gar nicht gibt.

## **Und das spiegelt sich wieder in Wahlplakaten, wie „Neue Deutsche? Machen wir selber!“?**

Genau. Man kann sagen, dass die AfD aktuell in vielen Punkten NPD-Positionen vertritt. Früher hat die NPD sehr genau unterschieden zwischen „Deutsch“ und „Pass-Deutsch“. Das war eine Verunglimpfung von vielen Menschen, die hier leben und einen deutschen Pass haben. Denen wurde gesagt, ihr zählt nicht, wenn ihr nicht deutschen Ursprungs, nicht deutschen Blutes seid und keine weiße Hautfarbe habt. Hinter dem erwähnten Wahlplakat steckt ein Volksbegriff, der ganz viele Bürgerinnen und Bürger unserer Gesellschaft ausschließt. Egal, ob sie hier geboren sind oder seit vielen Jahren hier leben.

**Völkische Politik suggeriert, dass es ein einfacheres Leben gibt, im Gegensatz zur modernen, zerstörerischen Stadt.**

**Das Völkische war von vornherein verknüpft mit Ausschlussprinzipien.**

## **Welches Ziel verfolgen rechtspopulistische, extrem rechte Organisationen, wenn sie völkische Politik wiederbeleben wollen?**

Da drin steckt zum einen eine Ablehnung der Moderne, bzw. der Folgen der Moderne: von Globalisierung, Umweltzerstörung, also komplexen Fragen, mit denen wir uns in der Gesellschaft auseinandersetzen müssen. Völkische Politik will den Menschen suggerieren, dass es ein einfacheres, erdverbundenes, naturverbundenes Leben gäbe, was im Gegensatz zu der modernen, zerstörerischen Stadt gesetzt wird: Land, Scholle, Heimat. Das Anti-Moderne war früher schon in völkischen Bewegungen dabei und ist es heutzutage auch. Die modernen Errungenschaften, angefangen von Multikulturalismus bis zu den Rechten von Schwulen und Lesben, von Frauen und so weiter - dies alles wird mit dem Wort völkisch herabgewürdigt und abgewatscht. Die Idee von einer völkischen Lebensweise ist wie die Verheißung des Paradieses. Sowas gibt es gar nicht, aber es ist eine Idee, die total zieht. Es gibt eine Reihe von Menschen, die wünschen sich ein Leben, das einfacher, das weniger kompliziert, weniger komplex ist. Diesen Wunsch greifen rechte Organisationen mit dem Begriff völkisch auf.

## **Bei Protesten gegen Geflüchtetenunterkünfte, bei BÄRgida- oder Pegida-Demonstrationen wird gerne gerufen „Wir sind das Volk“, was steckt da mit drin?**

Es steckt alles Mögliche mit drin. In den Protesten gegen Geflüchtete geht es um eine besondere Komponente. Es ist der Rassismus, der über die völkische Konstruktion transportiert wird. D.h. die Abgrenzung erfolgt nach Außen oder gegen das, was

als außerhalb des Volksverständnisses betrachtet wird. Das wird ausgegrenzt, wird runter gemacht, wird abgelehnt. Schwarze Deutsche sind zum Beispiel betroffen und sind ja eigentlich nicht Außen. D.h. in den Rufen „Wir sind das Volk“ ist ganz klar ein bestimmtes Verständnis von Wir und die Anderen enthalten.

Des Weiteren: Mit dem „Die da oben, wir hier unten“ wird ganz bewusst gespielt. Gegen das Establishment, gegen die da oben. Das ist ein Spiel, wenn man sich anschaut, wer diese Klaviatur bei den Rechtspopulisten bedient, also wer diese Diskurse mitbestimmt. Das sind Menschen, die ganz klar zu den Eliten unserer Gesellschaft, eher zu den Globalisierungsgewinnern zu zählen sind, die sehr von dieser kapitalistischen Lebensweise profitieren und auch von dem System.

## So wie Rassismus nach Außen funktioniert, funktioniert dieser Volksbegriff nach Innen über Sexismus.

### **Erfindet die AfD den Begriff des völkischen neu oder erweitert sie ihn?**

Es gab vorher schon Rassismus. Rassismus ist ganz klar Bestandteil des Begriffes des Völkischen. Es gab schon vorher Antifeminismus oder Sexismus. Und so wie Rassismus nach Außen funktioniert, funktioniert dieser Volksbegriff nach Innen über Sexismus. Er hat ja sehr, sehr klare Zuschreibungen über richtige Frauen- und Männerrollen. Der Rassismus nach Außen und der Sexismus nach Innen sind wahnsinnig anschlussfähig. Es gibt viele Menschen, die keinesfalls als AfD-Wähler/innen oder als Nazi zu bezeichnen sind, die diese Idee einer traditionellen, völkischen Rollenaufteilung total in Ordnung finden.

## Es ist das A und O, die Betroffenen-Perspektive zu stärken.

### **Oft haben wir in unserer Arbeit die Diskussion, dass völkisch nicht extrem rechts sei. Was würdest du sagen?**

Der Begriff des Völkischen schließt aus. Und hier ist die Frage, möchte ich Menschen aus meiner Gesellschaft, Menschen, die mich umgeben, meine Nachbarinnen und Nachbarn, meine Mitbürger\_innen, also diejenigen, die unsere Gesellschaft ausmachen, möchte ich diese vielen Leute ausgrenzen? Der Volksbegriff ist immer ethnisch homogen konstruiert. Andere Volksbegriffe gibt es nicht. Es gibt keinen multikulturellen Volksbegriff. Es gibt nicht die Vorstellung, dass ein Volk auch unterschiedlich sein kann, sondern es ist immer verknüpft mit der ethnischen Zugehörigkeit. 25% oder mehr der Kinder und Jugendlichen heute haben einen Migrationshintergrund. Die schließe ich damit z.B. alle aus. Und hier muss man sich fragen, will ich das?

Darüber hinaus: Wenn sich Menschen entscheiden traditionelle Rollen zu leben, dann ist das so. Zum einen kann ich sehr gut verstehen, wenn Männer sich dazu entscheiden, weil sie davon sehr große Vorteile und Privilegien haben. Natürlich können auch Frauen sich dazu entscheiden. Das Problem entsteht aber in dem Moment, wenn diese Rollen hegemonial und als Leitmotiv für andere verstanden werden, da wird es schwierig. Schließlich gibt es nicht nur das eine lebbare Modell. Wir haben uns zum Glück in den letzten Jahren andere Modelle und Bilder erkämpft. Es gibt Menschen, die gar nicht in das Bild weiblich-männlich passen. D.h. wir reden bei völkisch im Prinzip über eine Konstruktion, die sehr exklusiv und sehr klein ist. Die nicht die Realität abbildet. Deswegen glaube ich, es funktioniert wie eine Verheißung, es ist ein Paradies und das Paradies hat es ja auch noch nie gegeben.

## **Was ist für engagierte Leute aus der Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit dem Begriff völkisch, aber auch mit Rassismus und Rechtspopulismus wichtig?**

Vor allem ist es wichtig, auf die Gruppen zu schauen, die davon betroffen sind. Die Anzahl der Übergriffe auf Kopftuch tragende Frauen, die Anzahl der sexistischen Übergriffe sind total in die Höhe gegangen, seitdem dieser braune Dreck wieder mehr verbreitet wird, seitdem er salonfähiger geworden ist. Es hat unmittelbare Auswirkungen. Die Frage, was jetzt wieder sagbar ist, sei es ob mit Trump oder wem auch immer, zeigt, dass einige Menschen sich davon total bestärkt fühlen und dann gewalttätig werden. Menschen, die das früher nur gedacht haben, die es jetzt ausagieren, die werden geschützt durch rassistische, sexistische Aussagen. Es ist nicht nur eine Meinung unter vielen, sondern es ist eine Meinung, die, wenn sie sich verbreitet, hochgradig gefährlich ist, für ganz viele andere Menschen.

Ihr sprecht mit der Frage ein sehr komplexes Feld an. Nehmen wir das Beispiel Willkommens-Initiativen. Es wäre eine Aufgabe von Projekten, wie euch, denen eine Stimme zu geben. Die Engagierten sind sehr beschäftigt in der Unterstützungsarbeit. Nach wie vor sind ca. sechs Millionen Menschen in dieser Unterstützungsarbeit. Sie machen das ehrenamtlich. Das heißt, sich jetzt noch Gehör zu verschaffen, ist eine ganz schöne Herausforderung. Welche anderen Organisationen können diese Arbeit nochmal sichtbarer machen und auch zeigen, dass es so was wie ein lebendiges Gemeinwesen gibt? Wenn Leute, die in der direkten Arbeit mit Geflüchteten sind, öfters gehört werden könnten und berichten, wie differenziert die Lebensschicksale von Geflüchteten sind, dann wäre schon sehr viel gewonnen. Im Prinzip geht es darum, Menschen zu fragen.

Es ist das A und O, die Betroffenen-Perspektive zu stärken. Also Leute in Sprecher\_innenpositionen zu bringen: Migrant\_innen, queere Menschen, Engagierte aus den Initiativen. Es wird vielmehr darüber gesprochen, was sind die möglichen Ängste und Motive von Menschen, die gegen Geflüchtete hetzen? Der Diskurs, durch den andere Positionen zum Ausdruck gebracht werden, ist viel geringer. Warum arbeiten Sie für/mit Geflüchteten, was machen Sie – erzählen Sie mal! Leider wird immer eher gefragt, warum haben Sie Angst vor... ■

Das Interview führten Annika Eckel und Andreas Ziehl.

## **Es ist nicht nur eine Meinung unter vielen.**

### **Aktuelle Veröffentlichungen**

#### **2017**

Lehnert, Esther: Die Relevanz der Geschlechterrollen im modernen Rechtsextremismus. Gender matters!?, in: Kopke, Christoph/ Kühnel, Wolfgang (Hg.): Demokratie, Freiheit, Sicherheit. Berlin, S. 195-214

#### **2016**

Lehnert, Esther/ Radvan, Heike: Rechtsextreme Frauen – Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik, Berlin, Toronto

Lehnert, Esther / Büttner, Frauke /Lang, Juliane: Frauen im Rechtsextremismus. Ein immer noch unterschätztes Phänomen, in: Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hg.): Rechts Oben II, Neubrandenburg, S. 42-50

Lehnert, Esther/ Glaser, Enrico: Verstellter Blick. Eine Absage an „Deradikalisierung“ im Zusammenhang mit Jugend- und Präventionsarbeit, in: Burschel, Friedrich (Hg.): Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, Rechter Terror, Berlin, S. 125-130







**#3**



Malene Gürgen, Jahrgang 1990, ist seit 2014 Redakteurin bei der taz und dort im Berlin-Ressort verantwortlich für die Themen AfD, Rechtsextremismus sowie außerparlamentarische Politik. Sie kommt aus Berlin und hat an der Freien Universität Politikwissenschaften studiert.



# DEMOKRATISCH UND NEUTRAL IST NICHT DASSELBE

**Ein Interview  
mit Malene Gürgen  
zu rechtspopu-  
listischen Medien-  
und Kommuni-  
kationsstrategien**

**Aktuell wird viel über Meinungsfreiheit debatiert. Rechtspopulist/innen behaupten häufig, die Meinungsfreiheit sei eingeschränkt und unbequeme Wahrheiten könnten nicht mehr ausgesprochen werden. Wie schätzt du das als Journalistin ein?**

Ja, das ist eine Diskussion, die wir in der letzten Zeit verstärkt haben. Viele Leute springen auf diese Debatte an, weil die Meinungsfreiheit ein so wichtiges demokratisches Recht ist. Wenn man sich aber anschaut, wann Rechtspopulist/innen Meinungsfreiheit verteidigen, dann merkt man, dass sie das eigentlich nur dann tun, wenn es die Freiheit ihrer Meinung betrifft. Sie benutzen dieses Argument - alle müssen doch reden können, alle müssen gehört werden können - strategisch, weil sie wissen, dass das gesellschaftlich sehr anschlussfähig ist.

Was sie damit aber eigentlich meinen, ist, dass ihre eigene Meinung widerspruchlos gehört werden soll. Sie benutzen es auch, wenn es eigentlich keine Einschränkung der Meinungsfreiheit gibt. Zum Beispiel in der Debatte um den Schriftsteller Uwe Tellkamp – eine Person, die viel beachtete Bücher geschrieben, viele Zeitungsinterviews gegeben hat und häufig in Talkshows im Fernsehen sitzt. Auch hier sagen Rechte, dass seine Meinung zensiert werden würde. Da ist ja eigentlich offensichtlich, dass das so nicht stimmt. Und dass wir es in dem Fall nicht mit einer Einschränkung der Meinungsfreiheit zu tun haben, sondern dass es dem Schriftsteller eher darum geht, dass er es nicht aushalten kann, dass ihm Menschen widersprechen und ihm nicht in jedem Fall Recht geben. Allein diese Tatsache, dass Menschen Widerspruch äußern, wird als eine Einschränkung von Meinungsfreiheit verkauft.

**Du hast gesagt, der Begriff der Meinungsfreiheit wird strategisch genutzt. Wie würdest du rechte und rechtspopulistische Kommunikationsstrategien beschreiben?**

Rechtspopulist/innen haben oft einen sehr strategischen Umgang mit Kommunikation. Es gibt bestimmte Merkmale, auf die man immer wieder trifft. Dazu gehört erstmal, dass Komplexität reduziert wird, dass Phänomene oder Probleme stark vereinfacht werden, sodass es zu der eigenen politischen Aussage passt. Für Zwischentöne oder Grauzonen ist gar kein Platz, es werden vielmehr

**Dass Menschen Widerspruch äußern, wird als eine Einschränkung von Meinungsfreiheit verkauft.**

## **Rechtspopulist\_innen haben oft einen sehr strategischen Umgang mit Kommunikation.**

Schwarz-Weiß-Bilder gezeichnet. Zum Beispiel bei der Asylthematik, die ja recht komplex ist, wird häufig stark vereinfacht. Die Unterscheidung zwischen Migrant\_innen, Asylbewerber\_innen, abgelehnten Asylbewerber\_innen, da haben wir es ja mit einem jeweils ganz unterschiedlichen rechtlichen Status zu tun, machen die AfD und andere Rechtspopulist/innen fast nie. Sie werfen vielmehr alles in einen Topf und dann kommen Aussagen heraus, die pauschalisierend sind. Es wird immer wieder mit Fakten so umgegangen, wie es für die jeweilige Aussage passend ist. Es werden bewusst Falschbehauptungen verbreitet. Es wird beispielsweise mit ganz vielen Zahlen um sich geschmissen, sodass es erst mal den Eindruck vermittelt: Da ist jemand gut informiert, das muss alles stimmen. Und wenn man das dann nachprüft, dann merkt man, da stimmt ganz vieles gar nicht. Es ist nur eine Strategie, die vermittelt, das Ganze wäre faktenbasiert.

Ein weiteres wichtiges Merkmal, gerade wenn Rechtspopulist/innen vor ihren Anhänger\_innen oder potenziellen Wähler\_innen sprechen, also vor Menschen, die sie überzeugen wollen, ist, dass sie mit Angst arbeiten. Ängste werden stark geschürt, und dann als Angebot, um aus dieser Angst herauszukommen, das eigene politische Programm benannt. Da wird den Leuten zwei Stunden lang erzählt, wie schrecklich die Situation ist, dass Deutsche in diesem Land nichts mehr zu melden hätten, dass ihnen alles weggenommen würde, dass sie sich nicht sicher sein könnten, ob sie morgen noch ihre Wohnung haben. Diese Ängste, die es schon gibt, werden weiter geschürt und gestärkt und dann

wird gesagt: Das Einzige, was da hilft, ist ein nationalistisches, rassistisches Programm.

Zentral ist auch das Einsetzen von Tabubrüchen als Bestandteil rechtspopulistischer Kommunikationsstrategien. Dabei wird bewusst eine öffentliche Aussage getroffen, von der man weiß, dass sie für einen Skandal sorgen wird, um dafür eine erhöhte (Medien)Aufmerksamkeit zu bekommen. Oft ist es dann so, dass hinterher, wenn der Skandal da war, halb zurückgerudert wird. Meist wird die Aussage nicht ganz zurückgenommen, sondern nur ein wenig relativiert. Zum Beispiel sagt AfD-Politiker A. etwas und AfD-Politiker B sagt dann: „Naja, ganz so würden wir das nicht sagen, aber...“. Damit wird die Aussage nicht zurückgenommen und das Ziel ist erreicht: Man war in den Medien und alle haben darüber gesprochen. Das ist vor allem für den Umgang von Medienseite aus eine große Herausforderung: Einerseits möchte man darüber berichten, wenn etwas gesagt wird, dass zum Beispiel menschenverachtend oder rassistisch ist. Andererseits muss man immer aufpassen, dass man sich nicht gemein macht mit der Öffentlichkeitsstrategie von Rechtspopulist/innen und ihnen auf den Leim geht.

**Es wird immer wieder mit Fakten so umgegangen, wie es für die jeweilige Aussage passend ist.**

### **Warum sind ihre Kommunikationsstrategien so erfolgreich und ihre Präsenz in der Öffentlichkeit so groß?**

Ein Teil der Erklärung ist, dass Rechtspopulist/innen wissen, wie sie anschlussfähige Begriffe nutzen können. Zum Beispiel der Bezug auf Meinungsfreiheit oder Begriffe wie Toleranz und Demokratie. Die nutzen sie für sich, weil sie eben wissen, dass

**Ängste, die es schon gibt, werden weiter geschürt und gestärkt.**

gegen Toleranz oder Meinungsfreiheit niemand was sagen kann. Sie wissen, dass es geschickt ist, sich darauf zu beziehen und zum Beispiel zu sagen: Wenn ihr mich nicht aufs Podium setzt, wenn ich jetzt hier nicht sprechen darf, dann seid ihr nicht tolerant und nicht demokratisch. Ihr schränkt die Meinungsfreiheit damit ein. Das ist ein Hebel, den sie benutzen, um Menschen zu verunsichern, um die anderen unter Rechtfertigungsdruck zu setzen und selber das Opfer zu sein.

Ähnlich ist das beim Tabubruch: Wenn man einen gesellschaftlichen Konsens gezielt bricht, und gewisse Linien überschreitet, kann man sich der Aufmerksamkeit sicher sein. Es ist ambivalent: Die Wahrnehmung, dass mit einer bestimmten Aussage gerade ein gesellschaftlicher Konsens gebrochen wird, ist ja erst mal wichtig und gut. Und gleichzeitig profitieren Rechtspopulist\_innen eben von dieser Skandalisierung, wenn man sich als Reaktion nur empört und selbst nicht vermittelt, wofür man steht, was die eigene Position ist. Es reicht nicht zu sagen: „Es ist schlimm, was die AfD gesagt hat.“ Und dann diese Aussagen noch weiter zu verbreiten und ihnen noch mehr Aufmerksamkeit zu geben. Vielmehr ist es wichtig, inhaltlich zu begründen, warum bestimmte Aussagen problematisch sind, damit man ihren Argumenten nicht das Feld überlässt.

Ein Thema, das immer noch unterbeleuchtet ist, ist die Relevanz von sozialen Medien und Internet. Das ist auch etwas was Journalist\_innen häufig noch nicht genug auf dem Schirm haben, wie wichtig diese Öffentlichkeitsräume jenseits der etablierten Presse sind. Die sozialen Medien sind ein Hauptbetätigungsfeld für Rechtspopulist/innen und es gibt dort einen großen Resonanzraum für sie. Das sollte man auch als lokaler Akteur auf dem Schirm haben, dass es eine Form von lokaler Öffentlichkeit jenseits der Straße gibt, z.B. im Fall

von informellen Facebookgruppen zu den einzelnen Bezirken oder Stadtteilen. Manchmal stellt das fast den wichtigeren Ort für öffentlichen Austausch dar, vor allem in Stadtteilen in denen es auf der Straße, im Realen, wenige öffentliche Orte zum Austausch gibt. Das heißt, auch in den sozialen Medien muss man präsent sein, sonst überlässt man das den Rechten. Es ist wichtig, die nicht sich selbst zu überlassen, sondern sich einzumischen. Facebookgruppen oder Chats werden nicht selten gezielt unterwandert. Leute treten dann nicht als Parteileute auf, sondern als normale Anwohner\_in, als besorgte Mutter von nebenan, die sich mit anderen besorgten Müttern treffen möchte. Da muss man einerseits mit Leuten zusammenarbeiten, die erkennen können, ob da gerade eine gezielte Unterwanderung stattfindet und andererseits ist es wichtig, eigene Gegenangebote schaffen.

**Was wären aus deiner Sicht ein guter Umgang, eine gute Reaktion - zum einen aus einer Medienperspektive, aber auch aus zivilgesellschaftlicher Sicht?**

Wenn sich beispielsweise die AfD auf Begriffe wie Demokratie und Toleranz bezieht, kommt man nicht umhin, sich mit den Begriffen auseinanderzusetzen. Man muss versuchen, die selbst mit Inhalt und mit Leben zu füllen. Es sind umkämpfte Begriffe und man muss erklären können, was bedeutet z.B. Demokratie für mich? Als leere Phrase können sich alle darauf beziehen und es bleibt sehr unklar, was damit eigentlich ausgesagt werden soll. Es braucht eine Auseinandersetzung: Was ist eigentlich Demokratie? Wie definieren wir das? Und warum ist der Bezug, den Rechtspopulist/innen herstellen, problematisch? So bedeutet Meinungsfreiheit eben

## **Zentral ist auch das Einsetzen von Tabubrüchen.**

## **Normalität ist etwas, das nicht für alle Zeiten festgeschrieben ist.**

nicht, dass jedem immer überall Recht gegeben werden muss. Wenn sich Rechte auf den Begriff beziehen, aber eigentlich damit meinen, dass nur ihnen Recht gegeben werden bzw. ihnen zugestimmt werden soll, dann muss man an der Stelle ganz klar sagen: Nein, das ist nicht unser Verständnis von Meinungsfreiheit.

Schwierig wird es, wenn es den Anspruch gibt, den Begriff demokratisch mit neutral gegenüber politischen Akteuren gleichzusetzen – alle Parteien müssen gleich behandelt werden. Denn der Neutralitätsanspruch stellt ein Dilemma dar, das nicht so einfach zu lösen ist. Ich glaube aber, dass es immer einen Kampf darum gibt, was gilt als neutral, was gilt als normal, als demokratisch und was nicht. Die AfD versucht gerade, das immer weiter zu verschieben. Also dass Dinge normal werden, die vorher nicht normal waren. Normalität ist etwas, das nicht für alle Zeiten festgeschrieben ist, sondern worüber man streiten muss. Nehmen wir den Fall die AfD möchte an einem Fest für Demokratie und Toleranz teilnehmen und sagt: Demokratie, das heißt doch, dass alle mitmachen dürfen, da müssen wir doch auch dabei sein. Dann könnte man sagen: Gut, ich darf mich jetzt politisch nicht positionieren, ich muss hier neutral sein und allen die Teilnahme gewähren. Aber ich glaube, eigentlich müsste man klar sagen: Nein, die Positionen, die die AfD vertritt, sind so antidemokratisch, dass das unvereinbar ist mit dem Demokratiebegriff den ich habe bzw. den wir als Organisator\_innen gemeinsam für uns festgelegt haben. Ich begründe, was an den Positionen das Antidemokratische ist. Dadurch steht Demokratie nicht als neutrale Worthülse im Raum, sondern wird mit Inhalt gefüllt. Das Programm der AfD steht dem Inhalt so entgegen, dass ich mit gu-

ten Gewissen sagen kann, die können nicht Teil der Veranstaltung sein. Es sind in jedem Fall schwierige Aushandlungsprozesse und das stellt eine Herausforderung für viele dar.

## **Welche Empfehlung hast Du an uns als Fach- und Netzwerkstellen?**

Eigene Themen setzen ist sehr wichtig, das kann man auch aus Mediensicht so sagen. Die Art, wie die Rechtspopulist/innen repräsentiert werden, wie viel über sie gesprochen wird, in wie vielen Talkshows sie sitzen, wie sie Diskussionen in den Berliner Bezirken bestimmen, das ist absolut überproportional zu der Bedeutung, die sie tatsächlich haben. Bzw. zu dem Prozentsatz zu dem sie gewählt wurden. Es gibt einen Überhang quasi, es wird sich viel stärker mit der AfD beschäftigt als mit jeder anderen Partei. Es wird geschaut: Was sagen sie, was machen sie? Und das ist einerseits verständlich, weil man sich damit beschäftigen muss, wenn man dem auch was entgegensetzen will. Aber es ist eben auch wichtig, dass man nicht aus den Augen verliert, dass es einen großen Teil der Gesellschaft gibt, der eben nicht die AfD gewählt hat und sich nicht von ihr vertreten fühlt. Auf lokaler Ebene gibt es viele Initiativen, die für einen anderen, einen solidarischen und vielfältigen Kiez stehen. Es ist wichtig, dass diese Initiativen sichtbar sind und gestärkt werden, weil sie ein anderes

**Die Art, wie die Rechtspopulist/innen repräsentiert werden, ist absolut überproportional zu der Bedeutung, die sie tatsächlich haben.**

Bild repräsentieren. Deswegen ist es gut, ein breites Verständnis davon zu haben, was Aktivitäten und Initiativen sind, die sich gegen rechts engagieren: Also nicht nur die, die das explizit machen, sondern auch alle Gruppen, wie zum Beispiel migrantische Selbstorganisationen oder auch eine feministische Theatergruppe. Sie stehen für eine andere Gesellschaft und die sichtbar zu machen und zu stärken, ist essentiell. ■

Das Interview führte Claudia Pilarski.





**#4**



Dr. Heike Radvan ist Diplom-Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin und Erziehungswissenschaftlerin. Momentan ist sie Professorin für Methoden und Theorien Sozialer Arbeit an der BTU Cottbus. Zuvor war sie 15 Jahre lang in der Praxisforschung und Projektentwicklung in der Amadeu Antonio Stiftung tätig, unter anderem im Aufbau und der Leitung der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus. Promoviert hat sie 2009 zum Thema „Pädagogisches Handeln und Antisemitismus“ an der FU Berlin. Ihre Tätigkeitsschwerpunkte sind Rekonstruktive Sozialforschung, Pädagogisches Handeln und Antisemitismus, geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention, Diversität in ländlichen Räumen der neuen Bundesländer, Interkulturelle Pädagogik, Antisemitismus in der DDR. Aktuell hat sie mit Esther Lehnert das Buch „Rechtsextreme Frauen – Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik“ (Opladen, 2016) veröffentlicht.



# BEDROHUNG DER SOZIALEN ARBEIT DURCH RECHTS- POPULISMUS

**Interview Prof.\*in  
Dr.\*in Heike Radvan**

**A n manchen Orten sind Rechtspopulist\_innen die stärkste Kraft. Im nächsten Jahr stehen Landtags- und Kommunalwahlen in Brandenburg an. Wie ist das in der Stadt Cottbus und an der Universität, der Ausbildungsstätte für Soziale Arbeit, spürbar?**

Einleitend würde ich sagen, dass es mit der AfD eine Partei gibt, die deutlich macht, dass Menschen unterschiedlich wert seien. Und das ist eine Grundlage rechtsextremer Ideologie. Da fängt es sprachlich an, die Unterscheidung in "WIR" und die "ANDEREN". Das gab es vorher auch, allerdings würde ich sagen, dass es heute stärker wahrnehmbar ist. Die Grenzen des Sagbaren sind verschoben. Und das nehme ich vor allem in der Stadtgesellschaft wahr. Dass im öffentlichen Diskurs Äußerungen getätigt werden, die in der Massivität und Quantität von rechtspopulistischen, rassistischen, antisemitischen und antifeministischen Aussagen in dem Maße vorher so nicht da waren. Und sie bleiben im öffentlichen Raum oft unwidersprochen stehen.

In Cottbus gab es die Situation, wo der RBB, ein öffentlich-rechtlicher Sender, zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion eingeladen hat. Hierzu wurden eine Landtagsabgeordnete der AfD, der Geschäftsführer von Zukunft Heimat - ein rechter Zusammenschluss von Pegida bis Kameradschafts-Leuten - die Bildungsministerin des Landes, der Präsident der Universität und eine SPD-Abgeordnete eingeladen. Und dann passierte das, was schnell passieren kann, wenn, wie in diesem Fall, die Moderation nicht geschult ist und Rechten ein Podium gegeben wird. Rechtspopulistische, rassistische Aussagen wurden nicht gestoppt oder hinterfragt. Betroffene von Rassismus wurden instrumentalisiert oder kamen nicht zu Wort.

**Sie haben auch junge Studierende, die aus ihren Praktika wiederkommen, von ihrem Arbeitsalltag, dem Träger und Team berichten. Wie schätzen Sie die Bedrohung der Sozialen Arbeit durch Rechtspopulismus ein?**

Im Kontext dieser Podiumsdiskussion zeigt sich m.E. die Verantwortung auch Sozialer Arbeit. Denn es geht darum, einen öffentlichen und demokratischen Diskurs zu führen. Auch und gerade in der Stadtgesellschaft, nicht nur an Universitäten, sondern darauf hinzuwirken, dass bestimmte Standards im Diskurs eingehalten werden. Dazu würde für mich gehören, eine klare Haltung zu vertreten, dass man jemandem, der rechtspopulistische, rechtsextreme oder rassistische Positionen

**Es geht darum, einen öffentlichen und demokratischen Diskurs zu führen.**

**Aufgabe Sozialer Arbeit ist es auch, aufzuklären darüber, welche Rolle Rassismus und generell Ausgrenzungen und Diskriminierung haben, und diesen entgegenzuwirken.**

vertritt, nicht das Podium, nicht die Öffentlichkeit bietet und wenn solche Aussagen getätigt werden, sich dagegen zu positionieren, zu entgegnen.

Aufgabe Sozialer Arbeit ist es auch, aufzuklären darüber, welche Rolle Rassismus und generell Ausgrenzungen und Diskriminierung haben, und diesen entgegenzuwirken, das heißt auch und vor allem Betroffene zu stärken. Wenn man auf solch einer Podiumsdiskussion davon ausgeht, dass weiße Personen aussagefähig sind zu Rassismus und weiße Studierende nach ihren Erfahrungen fragt, dann hat man etwas nicht verstanden. Wer also grundsätzlich beteiligt werden sollte, sind people of color, Menschen mit Rassismus- und/oder anderen Diskriminierungserfahrungen. Es sollte nicht über sie geredet werden, sie sollten generell in alle Entscheidungssituationen einbezogen werden. Das bedeutet im Übrigen Demokratie. Grundsätzlich brauchen wir in der heutigen Situation eine wehrhafte Demokratie im Sinne von Karl Mannheim. Und da sind wir nicht, wenn wir auf Podien Leute einladen, die die Demokratie in Frage stellen. Dann nenne ich das nicht wehrhaft.

Denn Soziale Arbeit hat auch ein Wächter-Amt. Soziale Arbeit ist auf Antidiskriminierung verpflichtet, gerade wenn man sich die Selbstverpflichtung

und die berufsethischen Standards anschaut. Soziale Arbeit, exemplarisch an der von mir genannten Podiumsdebatte, ist dafür verantwortlich, Räume aufzumachen, in denen nicht diskriminiert wird, wo nicht eine geflüchtete Person rassistisch beschimpft wird. Es braucht einen „Turn“ der Verantwortungübernahme. Aktuell lässt man die Dinge so laufen und geht davon aus, dass Demokratie heißt, wir reden mit allen. Das sehe ich als Missverständnis, im demokratischen Dialog verständigt man sich auf Standards wie gegenseitigen Respekt, Pflicht zur Wahrheit, keine Diskriminierungen oder Geschichtsrevisionismus, keine Hetze. Werden diese Standards unterlaufen – und erhalten feindliche, abwertende Stimmen Raum - ist das in der aktuellen Situation bereits eine Gefahr.

Die Frage nach Bedrohung, nehme ich auf ganz unterschiedlichen Ebenen wahr. In Cottbus gab es eine Situation, bei der öffentlich über zwei Übergriffe von Migrant\_innen auf weiße Jugendliche berichtet wurde. In einem Fall zeigen Recherchen sehr deutlich, dass einem Angriff – der durch nichts zu entschuldigen oder relativieren ist – Provokationen und auch Gewalt von einheimischen weißen Jugendlichen vorausgegangen ist. Medien aber auch

## **Das eigentliche Problem ist aber anders gelagert: Alltagsrassismus, Rassismus und bodenständiger Rechtsextremismus.**

Soziale Arbeit haben die Verantwortung zu zeigen, wie die gesellschaftlichen Verläufe sind, damit diese Mythen von angeblicher Deutschenfeindlichkeit nicht dominieren. Aber genau das passierte hier. Es wurde nur noch davon geredet, dass migrantische Jugendliche angeblich mit Messern durch die Stadt laufen würden. Das eigentliche Problem ist aber anders gelagert: Alltagsrassismus, Rassismus und bo-

## **Die Aufgabe Sozialer Arbeit im Sinne von Empowerment, Opferschutz, etc., bekommt hier eine besondere Bedeutung.**

denständiger Rechtsextremismus. Und das wurde zu wenig im öffentlichen Diskurs benannt.

Wenn man in der gesamten Stadtgesellschaft eine Umfrage macht über Angstzonen, dann gibt es sehr viele Einheimische, weiße Personen, die sagen: Ja wir fühlen uns bedroht. Und wenn dem genauer nachgegangen wird, müssen wir darüber reden, was eigentlich Angst ist. Also wann fangen Projektionen und Mythen an, und wer wird eigentlich nicht gefragt? Und es muss benannt werden, wer im öffentlichen Raum begründeterweise Angst hat und haben muss. Die Statistik des Vereins Opferperspektive zeigt das sehr genau. Das sind geflüchtete Menschen oder Menschen, die nicht in ein rechtsextremses Weltbild reinpassen. Und das wird zu wenig thematisiert, das ist auch die Verantwortung von Sozialer Arbeit. Die Aufgabe Sozialer Arbeit im Sinne von Empowerment, Opferschutz, etc., kommt hier eine besondere Bedeutung. Hier braucht es eine politisierte Soziale Arbeit, die für Betroffene ansprechbar ist. Auch für Studierende ist es wichtig zu lernen, dass es ihre Verantwortung und ihre Aufgabe ist, sich zu positionieren – nicht nur bei Gewalt, auch bei diskriminierende Aussagen, - und das in jedem Fall.

### **Was würden Sie Kolleg\_innen empfehlen, um sich für eine politische Soziale Arbeit einzusetzen und sich nicht von Neonazis und Rechtspopulist\_innen einschüchtern zu lassen?**

Das ist das, was wir seit den 90er Jahren in verschiedenen Stadtgesellschaften immer wieder

versucht haben. Wie kann man Städte, die eine Dominanz von rechtsextremen Personen, Diskursen, Atmosphären erleben für demokratische Alltagskultur zurückgewinnen? Es hat zu aller erst mit der Gestaltung des öffentlichen Raums zu tun. An den Fachbereich Soziale Arbeit an der BTU Cottbus haben wir zum Beispiel eine Ausstellung vom Umbruch Bildarchiv eingeladen, die antirassistische Aktionen und Solidarität mit Betroffenen zeigt. Studierende sagen, dass es für sie einen Unterschied macht, dass diese Ausstellung in den Räumen der Universität hängt: Sie fühlen sich empowert, etwas gegen Rassismus oder auch Sexismus zu sagen, Aussagen, die auch in Lehrveranstaltungen getätigt werden.

In der Frage wie Stadtgesellschaft verändert werden kann, ist es einer der ersten Punkte, eine offene, demokratische Atmosphäre zu schaffen. Das wird einerseits möglich durch Ausstellungen, Veranstaltungen, Lesungen, Diskussionen, Interviews mit demokratischen Lokalpolitiker\_innen, Betroffene sprechen lassen. Gerade in Cottbus zeigt sich, dass Betroffene der rechten, rassistischen Gewalt bislang öffentlich kaum zu Wort gekommen sind. Wenn demokratische Stimmen Raum haben, fühlen sich andere Personen bestärkt. Das kann man spüren. Eine Problematisierung und eine klare Positio-

**In der Frage, wie Stadtgesellschaft verändert werden kann, ist es einer der ersten Punkte, eine offene, demokratische Atmosphäre zu schaffen.**

**Es muss verteidigt werden, was Demokratie und Menschenrechte heißt.**

nierung machen einen Unterschied. Demokratische Personen gehen anschließend selbstbewusster durch die Straße.

Zudem müssen Bürgermeister\_innen, Verwaltung, Lokalpresse, kleine Unternehmen, Café-Besitzer\_innen in die Verantwortung gehen, z.B. den öffentlichen Diskurs beeinflussen oder anderweitig tätig werden. Das betrifft auch Projekte Sozialer Arbeit: Familienzentren, Nachbarschaftshäuser, Kitas, Schulen, etc. Sie können den öffentlichen Raum mitgestalten. Eine zweite Ebene ist immer die Sensibilisierung politischer Verantwortlicher, demokratischer Parteien. Es ist wichtig, demokratische Zivilgesellschaft zu fördern, so dass eine Vielfalt an Projekten entsteht bzw. lebensfähig ist und den Alltag gestalten kann. Das betrifft Themen wie Interkulturelle Öffnung von Institutionen aber auch Sensibilisierung von Polizei.

**Wir fragen uns natürlich auch immer, wer die Träger der demokratischen Stadtgesellschaft sind. Und hier zeigt sich, dass das die Einrichtungen und ihre Träger sind, die zunehmend durch Anfragen in den Bezirken oder im Abgeordnetenhaus durch Rechtspopulist\_innen thematisiert wurden. Was empfehlen Sie den betroffenen Einrichtungen oder Trägern, wie sie auf parlamentarische Bedrohungssituation reagieren können.**

Verschiedenstes. Zu allererst braucht es eine Solidarität mit demokratischen Projekten von Seiten

der Politik und Verwaltung. So gab es beispielsweise migrantische Einrichtungen, die damit unter Druck gesetzt wurden, dass eine AfD-Abgeordnete zu Besuch kommen wollte und ihre Arbeit begutachten. Wenn Verwaltung hier nicht in der Lage ist, zu schützen und sich zu positionieren, haben wir ein Problem. Äußerst schwierig wird es, wenn dem betreffenden Verein implizit damit gedroht wird, die Finanzierung zu kürzen, wenn die Abgeordnete nicht reingelassen wird. Das ist natürlich ungeheuerlich. Infolgedessen sollte im Sinne der wehrhaften Demokratie das Neutralitätsgebot überdacht und überarbeitet werden. Das betrifft auch die Verwaltung. Wir müssen gesellschaftlich darüber diskutieren, was heißt Demokratie? Und wo müssen wir auch Räume verteidigen? Es gibt ja eine Schutzfunktion gegenüber Projekten.

Und das andere ist, dass die demokratischen Abgeordneten ja tagtäglich mit diesen unsäglichen Anfragen umgehen müssen. Wir brauchen hierbei eine stärkere Koalition mit und unter den demokratischen Vertreter\_innen. Es braucht klare Absprachen, Positionierung. Es braucht eine klare Linie, wie mit den Anfragen rechtspopulistischer Abgeordneter umgegangen wird. Es muss verteidigt werden, was Demokratie und Menschenrechte heißt. Die AfD vertritt Positionen gegen die Demokratie, und diese müssen klar benannt werden.

**Was würden Sie Einrichtungen raten, wie sie mit Anfragen, bspw. zur Besichtigung der Räume, durch Rechtspopulist\_innen umgehen sollen?**

Ich empfehle eine Hausordnung oder ein demokratisches Leitbild für Einrichtungen zu schreiben.

**Ich empfehle eine Hausordnung oder ein demokratisches Leitbild für die Einrichtung zu schreiben.**

**Und zu aller erst ist Soziale Arbeit für die Betroffenen von Diskriminierung und Gewalt da.**

Fast alle Vereine haben ein Leitbild, aber damit es demokratisch oder auch potentiell ein wehrhaftes Leitbild beschreibt, braucht es konkrete Formulierungen. Ich würde ganz konkret schreiben, was ein demokratisches Miteinander bedeutet und wann demokratische Standards nicht mehr gegeben sind. Was macht rechtsextreme Ideologie aus, wann hat eine Aussage einen rassistischen Charakter? In einem Leitbild sollten auch die verschiedenen Diskriminierungs- und Herrschaftsformen benannt werden.

Wenn ich Räume vermiete, habe ich einen Mietvertrag. Damit müssen sich die Mieter\_innen auch diesem Leitbild verpflichten. Wenn dann erkenntlich ist, dass die AfD die Räume mieten möchte, schliesst sich das qua Leitbild aus. Man muss dann in der Lage sein, nachzuweisen, dass die AfD sich undemokratisch äußert. Das sollte anhand aktueller Beispiele kein Problem sein. Wenn es für mich nicht ganz ersichtlich ist, würde ich mir durch Mobile Beratungsteams Beratung holen. Im Zweifelsfall ist es auch möglich, das Hausrecht zu nutzen. Wenn jemand die demokratischen Standards verlässt, - diskriminiert, hetzt etc. – ist es möglich, ihn des Raumes zu verweisen, wenn das vor Veranstaltungen sicht- oder hörbar geklärt wurde. Im Zweifelsfall lassen sich Einrichtungen und betroffene Personen schützen, indem Rechtspopulist\_innen des Raumes verwiesen werden mit Verweis auf den Schutz vor Diskriminierung, der im Hausrecht und/oder demokratischen Leitbild der Einrichtung verbrieft sein sollte. Auch wenn Ausschluss keine legitime Antwort in einer Demokratie ist, wollen gerade Rechtspopulist\_innen Demokratie abschaffen. Und zu aller erst ist Sozi-

ale Arbeit für die Betroffenen von Diskriminierung und Gewalt da. Es braucht somit eine Differenzierung und eine klare Haltung. In der aktuellen Situation müssen wir uns stärker positionieren.

**Positionierung ist ein gutes Stichwort. Vor kurzem gab es eine Erklärung von Berliner Trägern für Menschenrechte und eine demokratische Kultur. Viele Träger der Sozialen Arbeit wollen proaktiv werden. Welche Möglichkeiten sehen Sie hier?**

In Prinzip ist in der Sozialen Arbeit alles da: die berufsethischen Standards mit der Menschenrechtsorientierung. Die Gesetzesgrundlagen geben eigentlich alles her. Aber man muss sie auch wahrnehmen. In der einzelnen Einrichtung oder beim Träger kann ein Leitbild helfen. Dieser Prozess hilft in der Auseinandersetzung. Aber es schützt nicht davor, dass es zu diskriminierenden Äußerungen im Team kommt. Da müssen wir intervenieren und nachfragen. Wir müssen uns alle fit machen, um reagieren zu können. Denn oft sitze ich in Gremien, Beiräten, etc. und es werden Aussagen getätigt und keine\_r reagiert. Rechtspopulismus ist ein Spiegel der Gesellschaft. Wir müssen uns fragen, wo fängt das an und worin besteht meine Verantwortung, schließlich geht es uns alle an. ■

Das Interview führten Andreas Ziehl und Marcel Dieckmann im Juni 2018 mit fachlicher Unterstützung durch Emily Jones und Magdalena Kronberger (Studierende an der ASH Berlin).

**Wir müssen uns alle fit machen, um reagieren zu können.**









#5



Prof. Dr. Sabine Hark ist Soziolog\*in und leitet das Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung der TU Berlin. Zu den Arbeitsschwerpunkten gehören Wissenschaftssoziologie und Hochschulforschung, geschlechtersensible Fachkultur- sowie Professions-, Institutionen- und Sozialisationsforschung sowie Feministische Erkenntnistheorie und Queer Theorie.

Aktuell hat sie mit Paula-Irene Villa das Buch „Unterscheiden und Herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart“ (transcript, 2017) veröffentlicht.

# ÜBER DIE VERFLECH- TUNGEN VON RASSISMUS, SEXISMUS UND FEMINISMUS

**Interview mit Prof.  
Dr. Sabine Hark**

## **Die Silvesternacht 2015/16 in Köln ist zur Chiffre geworden. Für was?**

Wir sprechen von Köln als Chiffre in der Hinsicht, dass „Köln“ inzwischen für eine Reihe von Dingen steht, vor allem für die mangelnde Integrationsfähigkeit geflüchteter Menschen, besonders muslimischer Männer. „Köln“ wurde dafür, mit einem Begriff des französischen Soziologen Bruno Latour, zu einem „Ding von Belang“ gemacht. Latour unterscheidet zwischen reinen Fakten und Dingen von Belang. In letzter Zeit gibt es ja viele Auseinandersetzung um Fakten. Der Präsident der USA, Donald Trump, beispielsweise leugnet den Fakt des Klimawandels. Daher meinen viele, dass wir die Fakten verteidigen müssen und dass Wahrheit und Tatsache gewissermaßen das

Selbe sind. So, als würden die Fakten für sich sprechen. Wirklichkeit erschöpft sich aber nicht in Fakten. Köln, das ist so ein Moment gewesen, wo aus einem Fakt, einer Tatsache ein solches „Ding von Belang“ im Latourschen Sinne wurde. Es ist unstrittig, dass in der Silvesternacht 2015 auf der Kölner Domplatte etwas passiert ist, es waren viele Menschen da, es wurde gefeiert. Menschen, Frauen, wurden geängstigt, sie wurden beklaut und betatscht. Es gab Übergriffe, die nach heutigem Sexualstrafrecht Straftaten darstellen. Doch das alleine macht Köln noch nicht zu einem Ereignis. Damit aus einem Faktum ein Latoursches „Ding“ wird, müssen mediale Verarbeitungen, politische oder kulturelle oder religiöse Deutungen, polizeiliche Maßnahmen, juristische Regelungen usw. hinzukommen - was ja im Falle der Kölner Silvesternacht auch unmittelbar eingesetzt hat.

Wir alle können uns sicher noch an die Schlagzeilen erinnern, die vielen Artikel, die danach quasi im Stundentakt erschienen sind. Und viele dieser Berichte, die so taten, als würden sie einfach nur berichten, was auf der Domplatte passiert ist, haben von etwas berichtet, von dem noch niemand genau wusste, was passiert ist. Man wusste beispielsweise nicht, was in strafrechtlicher Hinsicht gesehen dort passiert war, dennoch war von strafrechtlich relevanten Vorfällen die Rede. Erst sehr viel später wussten wir, dass ein Großteil der unzweifelhaft gewalttätigen Übergriffe strafrechtlich überhaupt nicht relevant gewesen ist, weil das Sexualstrafrecht in der damals alten Fassung ein Großteil dieser Übergriffe überhaupt nicht erfasst hat. Viele Medien wussten vermeintlich sofort, wer die Täter und wer die Opfer sind. Und die Täter, das

**Es wurden Grenzen zwischen „uns“ und „denen“ gezogen.**

**Viele Medien wussten sofort, wer die Täter, wer die Opfer sind.**

schien ausgemachte Sache, waren sofort die sogenannten „Nordafrikanischen Intensivtäter“, Muslime, Araber, Geflüchtete.

Dann kommen die politischen Kommentierungen der unterschiedlichen Art und Weise hinzu. All das hat aus dem „nackten“ Geschehen auf der Kölner Domplatte das Ereignis werden lassen, das heute damit in Verbindung gebracht wird.

**Was ist dieses „Ding“ von Köln und warum ist es für uns ein „Ding von Belang“ geworden?**

„Köln“ ist etwas, das in einer bestimmten Weise so konstruiert wurde, dass es „uns“ angehen sollte. Es wurden Grenzen zwischen „uns“ und „denen“ gezogen. In der medial-politischen Anreicherung des konkreten Geschehens wurden auch moralische Politiken mobilisiert: Weiße, deutsche Frauen wurden adressiert als Opfer. Aber auch als diejenigen, deren Körper besonders geschützt werden müssen vor dem nicht-weißen Mann. Sie sind also diejenigen, die erst bedroht sind, wenn nicht-weiße, nicht-deutsche Männer ins Spiel kommen. Weiße deutsche Männer wurden adressiert als diejenigen, die noch mehr hätten tun können, um die weißen deutschen Frauen zu schützen. Und die versagt haben - auch das im Übrigen eine interessante Konstruktion, die sich in vielen Artikeln fand. Der weiße deutsche Mann, der entweder zu schwach war oder nicht mehr genug Potenz hat, um dem männlichen fremden Eindringling Paroli zu bieten.

Es wurde also eine Art Zivilisationsgrenze gezogen: Wir, die weißen deutschen Männer, sind schon so zivilisiert, dass wir ganz anders mit Frauen umgehen. Überhaupt ist das Geschlechterverhältnis im Westen wesentlich pazifiziert, egalitär organisiert und der weiße Mann gewissermaßen geschlechterdemokratisch eingeehgt. Die Konstruktion des aufgeklärten geschlechterdemokratischen Westens bot auch eine Einfallsschneise für feministische Positionen. Diesbezüglich sprechen meine Kollegin Paula-Irene Villa und ich im Buch davon, dass es zu toxischen, zu rassistischen Aufladungen feministischer Positionen gekommen ist. Wenn schon die weißen deutschen Männer die Frauen nicht schützen können, wenn der Staat und die Polizei die Frauen nicht schützen können, dann muss es eben der Feminismus tun.

Die „Anderen“ sind die Bedrohung, die kein Recht haben, hier zu sein. Sie wurden in hohem Maße entmenschlicht dargestellt. Die Dehumanisierung in der Darstellung der Anderen spielt ja

## „Köln“ ist Referenzpunkt für islambezogenen Rassismus geworden.

ohnehin eine wesentliche Rolle in rassistischen, aber auch in sexistischen Politiken. Wenn etwa nur noch von dem „Sex-Mob“ gesprochen wird oder wenn von den „Kopftuch-Mädchen“ gesprochen wird.

### **Was ist das qualitativ Andere, was ist das Neue daran, was an der Chiffre Köln deutlich wurde?**

Neu sind die Dynamiken, die wir nach Köln beobachten konnten, für sich genommen nicht. Diese Artikulationsweisen sind sehr alt. So alt wie der Kolonialismus, als das weiße Europa beschlossen hatte, sich den Rest der Welt anzueignen, diesen Rest zu unterwerfen. Überraschend war vielleicht für unseren gesellschaftlichen Kontext, dass die-

## Die Dehumanisierung der „Anderen“ spielt eine wesentliche Rolle in rassistischen Politiken.

se Dynamiken und Muster der rassistischen Veranlagung so leicht zu mobilisieren waren. Das hat viele überrascht. Das hätte ich persönlich auch so nicht erwartet. Auch ich war überrascht, wie schnell das in den Wochen und Monaten im Frühjahr 2016 ging. Wobei jetzt, drei Jahre später, eine sich über fast nichts mehr wundert, angesichts dessen, was heute alles auch offen rassistisch sagbar ist. Aber „Köln“ war in dieser Hinsicht tatsächlich ein Wendepunkt – und das im Übrigen nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in Europa und weltweit, es ist ein zentraler Referenzpunkt für den islambezogenen Rassismus geworden. Das ist fast wie eine Droge, die immer wieder konsumiert werden muss: der sexuell gefährliche Muslim, der entfesselte junge, arabische Mann. Diese Droge ist an vielen Orten immer wieder aktivierbar und immer noch mit Referenz auf die Kölner Nacht. Und das zu thematisieren, heißt nicht, zu leugnen, dass unter den geflüchteten Männern auch Vergewaltiger und Missbraucher zu finden sind. Das ist sehr wichtig. Aber wir dürfen hier nicht pauschalisieren oder versäntlichen, wie wir das im Buch nennen.

Man kann also nicht sagen, da ist etwas gänzlich Neues entstanden. Es sind alte Rhetoriken, alte Politiken der Feindschaft, die reaktiviert wurden und hier gewissermaßen kulminierten. Auch die Verflechtung von Rassismus und Sexismus ist nicht neu. Aber gewissermaßen der Hitzegrad, der ist für die jüngere bundesrepublikanische Geschichte neu. Nicht, das wir nicht in den frühen 1990er Jahren, nach der Wiedervereinigung, auch schon eine extrem „heiße“ rassistische Gewaltwelle erlebt haben. Auch da finden wir schon Spuren, die darauf hindeuten, dass Sexismus-Kritik Teil tendenziell rassistischer Diskurse wurde. Aber das ist damals noch sehr verhalten.

Der Topos der sexuell übergriffigen, nicht europäischen, nicht aufgeklärten, muslimischen, arabischen oder nordafrikanischen Männer, das ist tendenziell neu. Die Jahre davor waren ja vor allem vom Streit um das Kopftuch der Muslima geprägt. Nun rücken die jungen, familiär ungebundenen Männer in den Vordergrund. Neu ist sicher auch die explizit rechte feministische Mobilisierung, die wir in jüngster Zeit erleben. In Berlin fanden ja mittlerweile mehrere rechte, vorgeblich feministische Frauenmärsche statt. Wir erleben jetzt sowohl in der Bundesrepublik als auch europaweit, dass antidemokratische Rechte sich in gewisser Weise auch als feministische Kräfte darstellen.

**Wir arbeiten mit sehr unterschiedlichen Menschen zusammen. Da begegnen uns ebenfalls diese Bilder, antimuslimischer Rassismus verwoben mit Sexismus. Wir fragen uns, wie wir die Diskurse in irgendeiner Form brechen oder andere Akzente setzen können.**

Das ist eine ganz wichtige Frage, wie brechen wir Stereotype, wie brechen wir Vorurteile auf. Wichtig scheint mir, dass wir an die moralischen, affektiven Dimensionen herankommen, die mit Stereotypen verbunden sind. Was wird einer durch die Stereotype als vertraut, als sicher nahegebracht? Wen erleben wir dadurch als Gefahr, wen als uns zugehörig oder als fremd? Gerade aus einer feministischen Perspektive betrifft das ja einen sehr wichtigen Zusammenhang: Alle Statistiken sagen,

**Jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem männlichen Partner getötet.**

**Neu sind explizit rechte feministische Mobilisierungen.**

dass die größte Gefahr für Frauen in ihrem unmittelbaren Nahumfeld besteht. Die größte Gefahr für Frauen geht von Menschen – und es sind vor allem Männer – aus, die ihnen am nächsten sind. Jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem männlichen Partner getötet. Nicht vom jungen afrikanischen Mann, der an der Straßenkreuzung steht, sondern von ihrem Partner. Dem Mann, mit dem sie lebt, mit dem sie Bett und Küche teilt. Das ist die Realität. Ich kann ein Stückweit sogar verstehen, dass diese Angst im Nahumfeld ausgeblendet werden muss. Weil sonst könnte keine Frau mehr unbefangen mit einem Mann leben. Statistisch gesehen ist das Risiko, mit einem Mann in einer Beziehung zu leben und das nicht unbeschadet zu überstehen, viel größer, als am Tag auf der Straße von einem türkischen oder arabischen Migranten auch nur angesprochen zu werden. Diese affektiven oder auch moralischen Ökonomen, wer uns also als nah und vertraut und wer als fremd und gefährlich erscheint, müssen wir aufdecken und deutlich machen, wie sie beispielsweise durch Stereotype reguliert werden.

**Wie können wir vorgehen und unsere Perspektive deutlich machen?**

In den Debatten wird dann oft reflexhaft “Nein, das ist aber nicht so” gesagt, also versucht, stereotype Darstellungen als falsch oder ideologisch auszuweisen. Das ist sicher wichtig, aber bestimmt nicht ausreichend. Umgekehrt darf aber auch nicht passieren, dass gesagt wird, es gibt keine sexualisierten Gewalttaten, die von geflüchteten oder muslimischen Männern verübt werden. Natürlich sind muslimische Männer potentiell genauso sexistisch wie jeder nicht-muslimische Mann. Wir haben jetzt

in den USA einen weißen christlichen cis-Mann, Brett Kavanaugh, der mit Sicherheit getan hat, was Christine Blasey Ford ihm vorgeworfen hat, dennoch ist er als Richter ans oberste US-amerikanische Gericht, den Supreme Court, berufen worden. Wir müssen viel stärker untersuchen, wie stark Männlichkeit offenbar noch immer mit der Vorstellung verknüpft ist, legitim über die Körper von Frauen und von Kindern verfügen zu können.

Nur weil die Gefahr besteht, als rassistisch zu gelten, wenn sexualisierte Gewalt von geflüchteten Männern thematisiert wird, dass dann lieber nicht zu thematisieren, das kann selbstverständlich nicht die Antwort sein. Wichtig ist, die Ereignisse genau zu betrachten und analysieren und nicht, wie es nach Köln passiert ist, eine ganz schnelle reflexhafte Kette loszutreten. Auch Alice Schwarzer hat sofort gewusst, wer die Täter sind, bevor irgendwer wirklich konkret wusste, welche Männer genau beteiligt waren. Bevor beispielsweise klar war, welche Männer im juristischen Sinne wirklich Täter sind, kursierte bereits die Erzählung, es seien junge Geflüchtete, es seien Muslime, die auf der Flucht brutalisiert wurden, oder aus archaischen Gesellschaften kommen, aus denen sie ohnehin nichts Anderes kennen als "Mann schlägt Frau". Da brauche ich nicht mal Sozialwissenschaftlerin zu sein, um sagen zu können, ein bisschen faktenbasierter sollte man schon argumentieren.

**Der antimuslimische Rassismus in der Frauenzeitschrift Emma zieht sich über Jahrzehnte durch. Das zeigt doch, dass ein Feminismus instrumentalisierbar ist bzw. dass es nicht den einen**

**Wir müssen lernen, zu unterscheiden und zu urteilen.**

**Sexualisierte Gewalt nicht zu thematisieren, kann nicht die Antwort sein.**

**emanzipativen Feminismus gibt, sondern auch feministische Positionen anschlussfähig an rechte, nationalistische Ideenwelten sein können. Was können wir in einem bezirklichen Arbeitskreis der Frauenprojekte machen?**

Ganz simpel, Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung über diese Positionen, über die Verflechtungen. Lernen, auch zu unterscheiden bzw. zu verstehen, wie Unterschiede benutzt werden, um zu herrschen. Was aber wiederum umgekehrt nicht heißt, dass wir nicht lernen müssen, überhaupt zu unterscheiden, zum Beispiel zwischen rassistisch aufgeladenen feministischen Positionen, rechten feministischen Positionen und nicht-rassistischen feministischen Positionen. Hier müssen wir unterscheiden und hier müssen wir auch urteilen. Auch das ist im Übrigen eine unterschätzte politische Tugend. Hannah Arendt hat darüber geschrieben, über das Urteil als wichtige Tugend im Politischen. Nicht im Sinne des Verurteilens, sondern im Sinne der nötigen politischen Differenzierung. Ich bin vor kurzem auf einer Tagung gewesen, auf der es um die links-rechts Spaltung ging und um die Frage, gibt es eigentlich Unterschiede zwischen linken und rechten Positionen und Politiken. Und ob wir nicht im linken Spektrum Positionen finden, die zumindest strukturell vergleichbar dogmatisch, sektiererisch, ausgrenzend sind. Das kann so verhandelt werden, aber wir müssen dabei untersuchen, ob solche Positionen eine Politik der Feindschaft befördern bzw. darauf abzielen, die anderen nicht leben zu lassen. Diesen Unterschied jenseits womöglich existierender struktureller Ähnlichkeiten kann und muss man machen. Und dann ist es

vielleicht nicht mehr der Unterschied zwischen links und rechts, aber der zwischen „lass ich die anderen leben“ oder sind in meiner Vision von Gesellschaft die anderen nicht vorgesehen, nicht existent. Und rechte Politiken sind in dieser Hinsicht für mich Politiken der Feindschaft. Ihr Ziel ist die Vernichtung der Pluralität der Welt, nicht deren Wertschätzung. Diesen Unterschied müssen wir machen und dieses Urteil müssen wir fällen. ■

Das Interview führten Berit Schröder und Andreas Ziehl.

**Ziel rechter  
Politiken ist die  
Vernichtung  
der Pluralität der  
Welt.**





# ADRESSEN

**Demokratie in der Mitte**

Vor-Ort-Büro in der Fabrik Osloer Straße e.V.

Osloer Straße 12, 13359 Berlin

Tel.: 030-495 005 26

Mail: [info@demokratie-in-der-mitte.de](mailto:info@demokratie-in-der-mitte.de)

[demokratie-in-der-mitte.de](http://demokratie-in-der-mitte.de)

**Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke**

Sewanstr. 43, 10319 Berlin

Tel.: 030-50 56 65 18

Mail: [mail@licht-blicke.org](mailto:mail@licht-blicke.org)

[www.licht-blicke.org](http://www.licht-blicke.org)

**[moskito] – Fach- und Netzwerkstelle  
gegen Rechtsextremismus, für Demokratie  
und Vielfalt**

Fehrbelliner Straße 92, 10119 Berlin

Tel: 030-443 71 – 79

Mail: [moskito@pfefferwerk.de](mailto:moskito@pfefferwerk.de)

[www.pfefferwerk.de/moskito](http://www.pfefferwerk.de/moskito)

**Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick**

Michael-Brückner-Str. 1, 12439 Berlin

Tel.: 030-65 48 72 93

Mail: [zentrum@offensiv91.de](mailto:zentrum@offensiv91.de)

[www.zentrum-für-demokratie.de](http://www.zentrum-für-demokratie.de)

#### Herausgeber\_innen:

Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke, Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick, Demokratie in der Mitte und [moskito] – Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt

#### Text- und Bildnachweis:

Alle Rechte liegen bei den Herausgeber\_innen und bei den Interviewpartner\_innen  
Fotos: cc by sa Miska Michael Knappek, Victoria Pickering, Charlotte Henard, Julian Stallabrass, kaysgeog via Flickr  
Layout: Lisa Klinkenberg | Druck: Oktoberdruck, Berlin  
Dezember 2018

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Gefördert von



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des  
Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Partnerschaften für Demokratie in Wedding & Moabit

FABRIK OSLOER STRASSE  
Zentrum für soziale und kulturelle Arbeit



[moskito]  
Fach- und Netzwerkstelle  
gegen Rechtsextremismus  
für Demokratie und Vielfalt



Stadtkultur gGmbH



FACH- UND  
NETZWERKSTELLE



pad

präventive, altersübergreifende  
Dienste im sozialen Bereich gGmbH



offensiv 91 e.V.  
Netz für soziale und kulturelle Dienste  
für Frauen, Familien, Kinder und Jugendliche